

1 **Die Linke Landesverband Saarland**

2 **2. Tagung des Landesparteitages 29. September 2025**

3 **A. Leitantrag**

4 **A.1. Das gute Leben für alle im Saarland!**

5 **Antragstellend: Landesvorstand Die Linke Saarland**

6 **Der Landesparteitag der Linken Landesverband Saarland möge**
7 **beschließen:**

8

9 **DAS GUTE LEBEN FÜR ALLE IM SAARLAND!**

10

11 **Einleitung**

12 Wohlstand für alle – das war mal der Wahlkampfslogan der CDU und damit
13 verbunden ein politisches Versprechen auf das gute Leben für alle. Heute wirkt
14 das aus der Zeit gefallen. Heute hören wir von den etablierten Parteien völlig
15 andere Dinge: Wir sollen länger arbeiten, härter arbeiten, „den Gürtel enger
16 schnallen“ und vor allem – sparen, sparen, sparen! Heute verkünden die
17 Unternehmer und Regierenden nicht mehr Aufstieg, sondern Abstieg. Sie
18 fordern, wir sollen verzichten und uns einschränken – dabei wird gleichzeitig
19 mehr produziert, mehr erwirtschaftet, mehr Reichtum angehäuft als je zuvor.
20 Doch davon merkt die große Mehrheit der Bevölkerung nichts.

21 In dieser Schieflage liegt ein Kern unserer heutigen Krise. Und wo das
22 Glücksversprechen der bürgerlichen Demokratie gebrochen wird, wächst das
23 Misstrauen. Wo die Erfahrung des Mangels auf die Realität der Ungleichheit
24 trifft, entstehen Wut, Rückzug oder die gefährliche Hoffnung auf autoritäre
25 Lösungen. Die bürgerlichen Parteien haben sich stillschweigend von der Idee
26 verabschiedet, dass Politik das Leben der Vielen verbessern soll. Sie verengen
27 ihre Perspektive auf Märkte, Schuldenbremsen und Standortkonkurrenz – und
28 überlassen die Frage nach dem guten Leben der Esoterik, dem Individuum, das
29 es „ganz nach oben“ schaffen kann wenn er oder sie sich nur genug Mühe gibt,
30 oder einfach dem Zufall.

31 Die Linke aber hält fest: Das Glück ist politisch! Es geht um mehr als bloßes
32 Überleben, mehr als Arbeitsplatzsicherung oder Wachstumszahlen. Menschen
33 brauchen Sicherheit, ja, gerade soziale – aber dazu gehören auch Zeit,

34 Gemeinschaft, Sinn, Anerkennung, Fürsorge. Ein gutes Leben ist kein Privileg für
35 wenige, sondern das Recht von uns allen. Wir verstehen das Glück nicht als
36 privaten Eskapismus, sondern als kollektive Aufgabe: als Ziel einer Gesellschaft,
37 die ihre Ressourcen, ihre Arbeit, ihre Zeit so organisiert, dass Menschen gut
38 leben können.

39

40 Darum sagen wir: Die Linke muss wieder zur Partei des Glücksversprechens
41 werden! Nicht im Sinne einer billigen Vertröstung, sondern als ernst gemeinte
42 politische Verpflichtung. Eine Verpflichtung zur sozialen Sicherheit, die
43 niemanden zurücklässt. Zur sozial-ökologischen Transformation, die nicht auf
44 Verzicht setzt, sondern auf soziale Sicherheit, demokratische Mitbestimmung
45 und eine bessere Zukunft. Zum Antifaschismus, der nicht defensiv reagiert,
46 sondern aktiv gestaltet. Verbunden mit einer Kultur der Solidarität, die dem
47 Hass den Boden entzieht.

48 Im Saarland, einer Region gezeichnet von Strukturbrüchen, industriellem
49 Wandel und jahrzehntelanger Vernachlässigung, ist dieses Versprechen
50 besonders dringlich. Doch gerade hier liegen auch die Chancen für eine neue,
51 solidarische Erzählung: die Kraft der Vielen, das Wissen der Arbeiter:innen, der
52 soziale Zusammenhalt, das Gefühl der Zugehörigkeit, das nie ganz
53 verschwunden ist, darauf bauen wir unsere Politik auf.

54 Die Niederlage bei der Landtagswahl im Saarland 2022 hat uns deutlich vor
55 Augen geführt, wie dringend wir unsere Arbeit und Strukturen landesweit
56 stärken und die Streitereien hinter uns lassen müssen. Eine handlungsunfähige
57 Linke können wir nicht nur uns, sondern auch den Menschen im Saarland nicht
58 antun! Die Kommunalwahlen 2024 und die Bundestagswahlen 2025 haben
59 einen positiven Trend gezeigt: Unsere Partei gewinnt wieder an Zuspruch und
60 kann wichtige Erfolge feiern. Wir werden gebraucht! Viele neue Mitglieder
61 setzen große Hoffnungen in uns, ebenso wie viele andere Menschen im
62 Saarland. Diese Entwicklungen machen deutlich, dass wir aus unseren
63 Erfahrungen lernen und uns als Landesverband weiterentwickeln müssen. Nur
64 mit gut organisierten und aktiven Strukturen können wir die gewonnene
65 Dynamik nutzen, um dauerhaft in der saarländischen Politik präsent zu sein und
66 die soziale, ökologische und antifaschistische Politik, für die wir stehen,
67 erfolgreich umzusetzen.

68 Im Saarland gilt es jetzt, diese positive Bewegung zu festigen und auszubauen –
69 für eine linke Partei, die nah bei den Menschen ist und das Glücksversprechen

70 für alle wieder glaubwürdig macht. Dieser Leitantrag versteht sich nicht einfach
71 als Programm, sondern als Einladung: zu einer politischen Offensive für das
72 gute Leben. Für alle, nicht für wenige. Jetzt, nicht irgendwann.

73 Dafür streiten wir in den kommenden zwei Jahren und darüber hinaus:

74

75 **1. Mehr für die Mehrheit - Konsequenz sozial!**

76 Die Linke im Saarland kämpft für eine Politik, die den Bedürfnissen der breiten
77 Mehrheit gerecht wird. Also jener Mehrheit, die unter wachsender sozialer
78 Ungleichheit, prekären Lebensverhältnissen, den massiv steigenden
79 Lebenshaltungskosten und einer ungerechten Verteilung des gesellschaftlichen
80 Reichtums leidet. Es sind die Menschen, die täglich in Pflege, Logistik,
81 Gastronomie, Industrie oder der Versorgung von Angehörigen hart arbeiten,
82 die gleichzeitig mit unsicheren Arbeitsverhältnissen, steigenden Preisen und
83 mangelnder Absicherung konfrontiert sind. Die Politik der letzten Jahre hat auf
84 diese Realität keine Antworten gefunden. Stattdessen wurde an einem System
85 festgehalten, das Ungleichheit verstärkt, anstatt sie zu bekämpfen. Gerade
86 deshalb braucht es eine grundlegende politische Neuausrichtung – hin zu einer
87 konsequent sozialen Politik. Denn wer soziale Gerechtigkeit als Nebenthema
88 behandelt, überlässt den sozialen Unmut den Falschen.

89 **Armut**

90 Das Saarland steht vor massiven sozialen Herausforderungen: Die Armutsquote
91 liegt bei 16,5 % und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Besonders
92 alarmierend ist die Kinderarmut. Mehr als jedes vierte Kind wächst hier
93 unterhalb der Armutsgrenze auf. In manchen Quartieren ist es sogar mehr als
94 jedes zweite Kind. Das ist ein gesellschaftlicher Skandal in einem Land, das sich
95 gerne als wohlhabend und gerecht präsentiert. Armut ist kein Schicksal,
96 sondern politisch gewollt: Und das werden wir niemals hinnehmen! Der
97 Landesverband wird in den kommenden zwei Jahren weiter einen landesweiten
98 Aktionsplan zur konsequenten Bekämpfung von Armut im Saarland einfordern
99 und an der Seite aller von Armut betroffenen Menschen stehen.

100 **Wohnen**

101 In den kommenden zwei Jahren werden wir aufzeigen: Wir sind die Partei der
102 Mieter:innen! Ein zentrales Feld, auf dem sich soziale Ungleichheit besonders
103 krass zeigt, ist der Wohnungsmarkt. In Städten wie Saarbrücken steigen die

104 Mieten seit Jahren und das um über 20 % in einem Jahrzehnt. Im Saarland spitzt
105 sich die Wohnungsfrage immer weiter zu: Die Mieten steigen, der soziale
106 Wohnungsbau stagniert, während immer mehr Wohnungen in Eigentum
107 umgewandelt oder spekulativ leerstehen. Für viele Menschen wird das Zuhause
108 zur finanziellen Belastung oder zur Quelle permanenter Unsicherheit. Doch
109 diese Krise ist kein Naturgesetz, sie ist Ausdruck einer verfehlten Politik, die
110 Wohnraum wie eine Ware behandelt und den Markt über das Gemeinwohl stellt.
111 Denn die zentrale Ursache liegt tiefer: Die Wohnungsfrage ist im Kern eine
112 Eigentumsfrage.

113 Solange Grund und Boden dem privaten Profit untergeordnet bleiben, wird
114 über ihre Nutzung nicht nach gesellschaftlichem Bedarf, sondern nach
115 Verwertungslogik entschieden. Wohnraum wird gebaut, wenn er Gewinne
116 abwirft und nicht, wenn Menschen ihn brauchen. Die Folge: steigende Mieten,
117 soziale Spaltung, Verdrängung und eine Stadtentwicklung, die sich nicht mehr
118 an den Menschen orientiert, sondern an Renditezielen. Wir wollen diese Logik
119 durchbrechen. Die Linke im Saarland setzt sich für eine radikale Kehrtwende in
120 der Wohnungspolitik ein. Das heißt: Weg vom Markt, hin zum Gemeinwohl!
121 Wohnen darf kein Anlageobjekt sein, sondern muss als öffentliches Gut
122 organisiert werden.

123 Unsere Kernforderungen sind:

- 124 ● der massive Ausbau von dauerhaft gebundenem,
125 gemeinwohlorientiertem Wohnraum in öffentlicher oder
126 genossenschaftlicher Trägerschaft,
- 127 ● ein Zweckentfremdungsverbot, das Leerstand und spekulative
128 Nutzung unterbindet,
- 129 ● ein Umwandlungsverbot für Miet- in Eigentumswohnungen, um
130 Verdrängung wirksam zu stoppen,
- 131 ● eine landeseigene Förderung, die gezielt kommunalen und
132 gemeinnützigen Wohnungsbau stärkt,
- 133 ● neue gesetzliche Rahmenbedingungen, die es Städten und
134 Gemeinden ermöglichen, Boden und Wohnraum zu sichern, zu kaufen
135 oder zu rekommunalisieren.
- 136 ● voller Einsatz für einen bundesweiten Mietendeckel

137 Diese Maßnahmen packen die Wohnungsfrage auf allen Ebenen an, wo sie
138 politisch entschieden wird: auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene.

139 Denn das Saarland hat die Möglichkeit – und die Pflicht –, den Wohnungsmarkt
140 aktiv zu gestalten und den Ausverkauf unserer Kommunen zu stoppen.

141 Wir sagen klar: Wohnen ist ein Menschenrecht. Öffentlicher Raum, Boden und
142 Wohnraum gehören in die Hände der Vielen und nicht in die Portfolios einiger
143 Weniger. Eine demokratische, soziale Wohnungspolitik bedeutet, Eigentum neu
144 zu denken: nicht als Mittel zur Bereicherung, sondern als Verantwortung
145 gegenüber der Gesellschaft. Für uns ist das keine abstrakte Idee, sondern Teil
146 eines größeren Versprechens: das gute Leben für alle, mit Sicherheit, Teilhabe
147 und einem Zuhause, das bleibt. In den kommenden zwei Jahren werden wir
148 diese Forderungen mit einer landesweiten Kampagne und einer Volksinitiative
149 begleiten. Für ein neues Wohnraumfördergesetz und konkrete Maßnahmen vor
150 Ort. Denn Wohnen ist ein Menschenrecht und keine Ware!

151 **Mobilität**

152 Gleichzeitig ist auch der Zugang zur Mobilität eine ungelöste soziale Frage, die
153 uns alle betrifft. Wer auf dem Land lebt, ist oft auf das Auto angewiesen. Eben
154 nicht aus freier Wahl, sondern aus Mangel an Alternativen. Der öffentliche
155 Nahverkehr ist teuer, unzuverlässig und entspricht vielerorts nicht den
156 tatsächlichen Bedarfen. Mobilität darf jedoch nicht vom Einkommen abhängen.
157 Wir fordern deshalb umgehend kostenlose Tickets für Schüler, Auszubildende,
158 Studierende und Geringverdienende sowie einen massiven Ausbau des ÖPNV,
159 insbesondere in ländlichen und dörflichen Räumen sowie die Reaktivierung
160 wichtiger Bahnstrecken. Mittelfristig soll das Luxemburger Modell eines
161 fahrscheinlosen ÖPNV etabliert werden. Nur so gelingt eine soziale und
162 ökologische Verkehrswende, die allen zugutekommt.

163 **Gesundheit**

164 Auch bei der Gesundheitsversorgung zeigt sich, wie sehr der Zugang zu
165 zentralen Lebensgrundlagen inzwischen von Wohnort und Einkommen
166 abhängt. Längst gibt es im Saarland Regionen, in denen Hausärzt:innen fehlen
167 und Facharzttermine zur Geduldsprobe werden. Besonders prekär ist die
168 Situation vielerorts in der Geburtshilfe. Gesundheitsversorgung darf jedoch kein
169 Luxus sein. Die medizinische Versorgung muss zurück in öffentliche
170 Verantwortung und durch Gesundheitszentren im ganzen Land sichergestellt
171 werden – wohnortnah, solidarisch und für alle zugänglich. Keine Klinik und kein
172 KreiBsaal darf mehr schließen! Ein zentrales Anliegen ist die Einführung eines
173 öffentlichen Verbundklinikums, das verschiedene Krankenhausstandorte im
174 Saarland vernetzt und sowohl die Grundversorgung in der Fläche als auch

175 spezialisierte Leistungen sichern soll. Dieses Modell sollte sich am tatsächlichen
176 Bedarf orientieren, unter öffentlicher Trägerschaft stehen und nach einem
177 einheitlichen Tarifvertrag (TVöD) arbeiten; ohne Profitinteressen und mit dem
178 Ziel, gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten zu garantieren. Zur
179 Verbesserung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum fordert die Linke
180 den Ausbau regionaler Gesundheitszentren, auch für psychisch Erkrankte, sowie
181 neue Mobilitätskonzepte, um die Erreichbarkeit medizinischer Angebote zu
182 erleichtern.

183 **Rente**

184 Die soziale Schieflage setzt sich bis ins Alter fort: Die Renten im Saarland liegen
185 rund 10 % unter dem Bundesdurchschnitt. Viele Menschen, besonders Frauen,
186 können im Alter kaum von ihrer Rente leben und sind von Altersarmut
187 betroffen. Das ist Ausdruck eines Systems, das jahrzehntelange Arbeit nicht
188 angemessen anerkennt. Wir fordern eine umfassende Rentenreform, die
189 niemanden in Altersarmut zurücklässt. Der Ruhestand muss finanziell
190 abgesichert sein. Eine Zwangsverpflichtung von Renter:innen zur Arbeit lehnen
191 wir klar ab. Dafür muss sich das Saarland beim Bund endlich mehr einsetzen
192 und eine laute Stimme für die Rentner:innen werden!

193 **Bildung**

194 Im Saarland hängt der Bildungserfolg noch immer stark von der sozialen
195 Herkunft ab. Kinder aus wohlhabenden Familien haben deutlich bessere
196 Chancen auf höhere Bildungsabschlüsse als Kinder aus prekären sozialen
197 Strukturen. Das ist ungerecht und muss sich ändern. Wir setzen uns deshalb für
198 eine Bildungspolitik ein, die Chancengleichheit schafft. Und das unabhängig
199 vom Geldbeutel der Eltern. Bildung muss gebührenfrei sein – von der Kita bis
200 zur Hochschule. Wir fordern kostenlose Schulmaterialien, ein kostenfreies
201 Mittagessen in Kitas und Schulen sowie gebührenfreie Ausbildungen und
202 Studiengänge. Gleichzeitig wollen wir die Bedingungen in Kitas und Schulen
203 verbessern: durch kleinere Gruppen, mehr und besser bezahltes Personal,
204 flächendeckende Ganztagsangebote, mehr Ressourcen für die wichtige
205 Sprachförderung und eine verlässliche Schulsozialarbeit. Die Schulen müssen
206 räumlich und personell für den Ganztags ausgestattet werden; gerade im
207 Hinblick auf das kommende Recht auf Ganztags. Wir fordern die
208 schnellstmögliche Schaffung zusätzlicher Kita-Plätze durch Neubauten und
209 Erweiterungen sowie die Garantie kostenfreier Kitaplätze ab dem dritten
210 Lebensjahr. Schulgebäude sind zu sanieren und auszubauen, um Lernen in

211 Containern zu beenden und Gebäude hitzeresilient an den Klimawandel
212 anzupassen. Sozialarbeit muss ausgebaut und auch in Kitas fest verankert
213 werden. Gemeinschaftsschulen sollen zum Standard im Bildungssystem
214 werden. Dabei sind Inklusionsanforderungen klar zu definieren: mehr
215 personelle und inhaltliche Differenzierung, eine gezielte Erweiterung der Aus-
216 und Weiterbildung von Lehrkräften zu Themen wie Neurodivergenz, psychische
217 Erkrankungen und traumasensible Pädagogik. Auch digitale Teilhabe ist für uns
218 ein Bildungsgrundrecht. Der kostenlose Zugang für alle Kinder zu digitalen
219 Endgeräten muss konsequent umgesetzt werden. Schulen benötigen Internet,
220 moderne Infrastruktur und Konzepte für das digitale Lernen. Bei den
221 Bildungsbedingungen müssen überholte Praktiken reformiert werden,
222 beispielsweise die Praxis außerschulischer Hausaufgaben.

223 Und: Unser Bildungssystem soll nicht in erster Linie eine Fabrik zur Produktion
224 neuer Fachkräfte sein, sondern ein Ort der Erziehung zur Mündigkeit. Die Linke
225 im Saarland setzt sich deshalb für ein Bildungssystem ein, das
226 Persönlichkeitsentwicklung, kritisches Denken und soziale Verantwortung in
227 den Mittelpunkt stellt. Schulen sollen Orte des gemeinsamen Lernens und der
228 Demokratie sein, nicht Selektionsanstalten. Dafür fordert die Linke den Ausbau
229 der Gemeinschaftsschule zur Regelschule und die Stärkung demokratischer und
230 inklusiver Strukturen im Bildungssystem. Schulen und Hochschulen sollen echte
231 Bildungsräume werden, mit kritischer politischer, kultureller und ökologischer
232 Bildung. Bildungseinrichtungen müssen endlich in aller Konsequenz inklusiv
233 gestaltet werden.

234 **Bezahlbarer Alltag**

235 Der Alltag muss bezahlbar sein – das ist eine zentrale Forderung der Saar-
236 Linken. Angesichts steigender Preise für Energie und Lebensmittel wollen wir
237 spürbare Entlastungen und strukturelle Lösungen. Dazu gehört die Senkung
238 oder Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, damit der
239 Staat nicht an der Inflation verdient und gerade Menschen mit geringem
240 Einkommen entlastet werden. Für den ländlichen Raum schlagen wir den
241 Aufbau öffentlich unterstützter Dorfläden vor: kommunal oder
242 genossenschaftlich organisiert, staatlich gefördert und sozial ausgerichtet.
243 Diese Läden sollen nicht nur Grundnahrungsmittel zu fairen Preisen anbieten,
244 sondern auch als Treffpunkte und multifunktionale Anlaufstellen dienen, etwa
245 mit Postdiensten, Beratung oder Cafébetrieb. So soll die Versorgung gesichert
246 und das Leben auf dem Land gestärkt werden, gerade auch für ältere

247 Menschen. Auch bei der Energieversorgung fordert die Linke ein Verbot von
248 Strom- und Gassperren sowie einen sozialen Energiepreisdeckel: Ein
249 kostenloses Grundkontingent für alle, darüber hinaus gestaffelte Preise je nach
250 Verbrauch. Energie soll zudem durch niedrigere Steuern und staatliche
251 Zuschüsse bezahlbar bleiben. Wer Sozialleistungen bezieht, soll Heiz- und
252 Stromkosten vollständig erstattet bekommen. Durch steuerliche Entlastungen,
253 den Ausbau öffentlicher Nahversorgung und soziale Sicherungen bei Energie
254 und Grundbedarf will die Linke den Alltag für alle bezahlbar machen: Verlässlich,
255 gerecht und solidarisch.

256 Uns ist wichtig: All diese Themen sind keine Einzelprobleme, sondern Ausdruck
257 eines grundlegenden politischen Versagens. Die soziale Spaltung wird nicht
258 kleiner, sie wird tiefer. Und mit ihr wachsen Unsicherheit, Abstiegsängste und
259 politische Entfremdung. Deshalb sagen wir klar: Der Kampf gegen Armut, für
260 bezahlbares Wohnen, für soziale Sicherheit und eine gerechte Gesellschaft muss
261 im Zentrum jeder politischen Strategie stehen. Wer die soziale Frage ignoriert,
262 überlässt sie den Rechten und riskiert dabei unsere Demokratie gleich mit. Wir
263 brauchen eine Politik, die sich nicht um Konzerne und Vermögende dreht,
264 sondern um die Mehrheit der Menschen. Um alle, die arbeiten, leben, Kinder
265 großziehen oder alt werden und dafür endlich den Respekt, die Sicherheit und
266 die Teilhabe verdienen, die ihnen zustehen. Für Mehr für die Mehrheit.

267

268 **2. Für unsere bessere Zukunft - Transformation SOZIAL und** 269 **ÖKOLOGISCH!**

270 Die sozial-ökologische Transformation ist längst keine abstrakte Zukunftsvision
271 mehr – sie findet bereits statt. Doch sie droht zu einer Sackgasse zu werden,
272 wenn sie nicht konsequent mit sozialer Politik, echter demokratischer
273 Mitbestimmung und klarer öffentlicher Verantwortung zusammen gedacht
274 wird. Das Saarland steht am Scheideweg: Es kann Modellregion für eine
275 gerechte und nachhaltige Zukunft werden – oder weiter den Strukturwandel
276 und den damit einhergehenden Niedergang verwalten, statt ihn zu gestalten.
277 Genau deshalb braucht es eine starke Linke, die als politischer Motor für diesen
278 Wandel eintritt. Denn CDU und SPD, die seit Jahrzehnten in
279 Regierungsverantwortung sind, bleiben in alten Mustern gefangen: Statt die
280 soziale Frage ins Zentrum zu stellen, hangeln sie sich von Technologieförderung
281 zu Industriegesprächen – oft ohne die Menschen wirklich mitzunehmen.
282 Subventionen werden scheinbar ohne klares Konzept mit der Gießkanne

283 verteilt. Für Die Linke ist klar: Klimaschutz und Sozialpolitik gehören fest
284 zusammen.

285 **Erneuerbare Energien**

286 Damit die sozial-ökologische Transformation gelingt, darf man sie nicht den
287 Großkonzernen überlassen, die den Markt dominieren. Auch im Saarland zeigen
288 Bürgerenergieprojekte, wie eine Energiewende von unten gelingen kann. Wenn
289 Kommunen, lokale Akteure und Bürgergenossenschaften frühzeitig
290 eingebunden werden, steigt die Akzeptanz für EE-Projekte erheblich. Außerdem
291 bleibt ein größerer Anteil der Wertschöpfung in der Region, was nicht nur
292 wirtschaftlich sinnvoll ist, sondern auch soziale Ungleichheiten abmildern kann.

293 Gleichzeitig ist aber auch klar, dass eine Deckung der Energiebedarfe der im
294 Saarland ansässigen Industrie nicht allein durch regionale Produktion erreicht
295 werden kann. Marktabhängigkeiten dürfen aber nicht dazu führen, dass
296 Interessen der Industrie und der Arbeitsplatzsicherung gegen Interessen von
297 Umwelt- und Klimaschutz abgewogen werden. Auch bei Energieimporten,
298 insbesondere im Bereich Wasserstoff, braucht es daher einen klaren Fokus auf
299 erneuerbare Energien. Solange grüner Wasserstoff knapp ist, muss eine
300 priorisierte Verwendung für den Bereich der Stahlindustrie sichergestellt
301 werden.

302 Eine Deckelung bzw. Subventionierung der Energiepreise ist für den
303 Standorterhalt der saarländischen Stahlindustrie erforderlich, darf aber nicht
304 mit der Gießkanne auf andere Industriebereiche ausgeweitet werden. Die
305 Einführung eines Industriestrompreises muss daher allein der Sicherung des
306 Industriestandortes und dem Erhalt guter tariflicher Arbeitsplätze dienen und
307 nicht den Gewinnen von Konzernen und Aktionären. Dafür setzt sich Die Linke
308 ein.

309 **Saarland klimafest machen**

310 Klimaschutz stellt insbesondere die Kommunen vor vielfältige
311 Herausforderungen: Sie müssen einerseits ambitionierte Maßnahmen zur
312 Reduktion von Treibhausgasen und zur Anpassung an die Klimafolgen
313 umsetzen, verfügen dafür aber oft nur über begrenzte finanzielle und
314 personelle Ressourcen. Hinzu kommt der Druck, schnell zu handeln, während
315 viele Maßnahmen – etwa im Bereich der energetischen Sanierung, der
316 Verkehrsplanung oder der Stadtbegrünung – langfristige Planungen,
317 Koordination und die Einbindung verschiedenster Akteure erfordern. Besonders

318 herausfordernd ist es, dabei soziale Aspekte mitzudenken, um soziale Spaltung
319 nicht zu verschärfen.

320 Besonders Menschen mit niedrigem Einkommen und von Armut betroffene
321 Stadtteile leiden unter den Folgen des Klimawandels: Sie sind stärker von
322 Hitzewellen betroffen, da es dort oft weniger Grünflächen und eine höhere
323 Bebauungsdichte gibt, was die städtische Aufheizung verstärkt. Gleichzeitig
324 fehlt es häufig an finanziellen Mitteln, um sich durch Klimaanlage, gute
325 Isolierung oder gesundheitliche Vorsorge zu schützen. Deshalb müssen
326 öffentliche Investitionen in klimaresiliente Infrastrukturen – wie die Begrünung
327 von Wohnquartieren, Förderung energetischer Sanierungen ohne Verdrängung,
328 eine bessere Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie gezielte
329 Förderprogramme prioritär in benachteiligten Stadtteilen und Wohnquartieren
330 erfolgen. Nur so kann Klimaschutz auch sozial gerecht und wirksam sein.

331 **Solidarisches Wirtschaften**

332 Die großen Krisen unserer Zeit, soziale Ungleichheit, Klimawandel, Entwicklung
333 zu einer ökonomischen Abstiegs-gesellschaft, machen deutlich: Weder der Markt
334 noch ein paternalistischer Staat garantieren Versorgungssicherheit und
335 Teilhabe für alle. Stattdessen braucht es eine starke, solidarische
336 Zivilgesellschaft. Gewerkschaften, engagierte Bürger:innen, soziale
337 Bewegungen und gemeinwohlorientierte Initiativen müssen gemeinsam den
338 Wandel gestalten. Es braucht alternative Formen des Wirtschaftens, die sich an
339 einem guten Leben für alle ausrichten. Die untere Gesellschaftsebene,
340 Stadtteile, Nachbarschaften, Betriebe, wird zum Ausgangspunkt für kollektive
341 Selbstorganisation, Arbeiterselbstverwaltung und dezentrale
342 Gemeinwohlökonomie. In Bereichen wie Wohnen, Energie, Ernährung und
343 Gesundheit schaffen lokale Strukturen echte Alternativen. Damit füllen wir
344 Demokratie neu mit Leben, statt sie nur zu verteidigen. Eine solche Bewegung
345 kann nicht nur konkrete Hilfe leisten, sondern auch progressive Politik
346 erneuern. Und das von unten nach oben, gegen den Rechtsruck, für eine
347 solidarische Zukunft. Denn im Kontext von Klimawandel und multiplen Krisen
348 muss Gerechtigkeit auch übergreifend in die kommenden Generationen
349 gedacht werden.

350

351 **Demokratie, Mitbestimmung, klare Zukunftsperspektiven**

352 Dabei ist längst klar: Eine rein wirtschaftlich-technokratische Transformation
353 wird scheitern. Sie erzeugt Unsicherheit, Angst vor Arbeitsplatzverlust und
354 Verteilungskonflikte, wenn sie nicht mit sozialer Absicherung, Beteiligung und
355 einer neuen Vorstellung von Arbeit und gesellschaftlichem Zusammenleben
356 verbunden wird. Gerade im Saarland, mit seiner industriellen Prägung und
357 seinen großen sozialen Gegensätzen, ist eine gerechte Transformation keine
358 Option, sondern eine Notwendigkeit.

359 Die Gewerkschaften und die Arbeitskammer des Saarlandes haben dazu klare
360 Positionen: Sie fordern Mitbestimmung als zentrales Element des Wandels, das
361 Recht auf Weiterbildung für alle Beschäftigten, sichere industrielle
362 Wertschöpfung vor Ort und konkrete Pläne für eine sozial abgesicherte
363 Umstellung auf neue Technologien wie Wasserstoff oder E-Mobilität. Mit dem
364 Projekt TraSaar wurde ein erster Rahmen geschaffen, wie Qualifizierung,
365 Mitgestaltung und Klimaschutz in Einklang gebracht werden können. Doch
366 dieser Rahmen braucht politische Kraft, um mit Leben gefüllt zu werden – und
367 die fehlt der Landesregierung. Vor allem fehlt es an einer konkreten Vision für
368 die Zukunft des Saarlandes.

369 Die Linke hingegen will mehr: Wir wollen die ökologische Modernisierung
370 verbinden mit einer demokratischen Neuordnung der Arbeitswelt und einer
371 sozial gerechten Verteilung der Zeitressourcen. Statt Standortwettbewerb und
372 Direktiven von oben fordern wir Beteiligung von unten: durch Fachkonferenzen,
373 „Grüne Werkstätten“, politische Bildungsräume und die systematische
374 Einbindung von Beschäftigten, Bürger:innen, Wissenschaft und
375 Gewerkschaften.

376 Damit klar ist, dass eine Ausbildung im Saarland immer auch eine Zukunft hat,
377 brauchen wir eine Ausbildungsgarantie nach Bremer Vorbild: Niemand darf
378 beim Übergang von der Schule ins Berufsleben zurückgelassen werden. Wir
379 fordern eine gesetzlich verankerte Ausbildungsgarantie: Jeder junge Mensch
380 erhält ein Ausbildungsangebot, notfalls in öffentlich finanzierten
381 Ausbildungsverbünden oder landeseigenen Einrichtungen. So sichern wir
382 Fachkräfte, Perspektiven und soziale Teilhabe.

383 **Arbeit neu verteilen**

384 Ein zentraler Hebel für die Transformation ist der Kampf für
385 Arbeitszeitverkürzung. Die IG Metall hat mit ihrer Forderung nach der 32-
386 Stunden-Woche in der Industrie gezeigt, wohin der Weg gehen kann. Wir gehen
387 noch weiter: Das Saarland soll Modellregion für eine 30-Stunden-Woche bei

388 vollem Lohnausgleich werden! Denn in einer Zeit, in der Digitalisierung und
389 Automatisierung die Produktivität steigen lassen, ist es nur gerecht, wenn
390 dieser Fortschritt nicht in Dividenden mündet, sondern in mehr Lebenszeit für
391 alle. Zeit für Familie, Pflege, Bildung, gesellschaftliches Engagement oder
392 einfach für Erholung. Das ist kein Luxus, sondern ein Ausdruck echter Freiheit.
393 Eine Arbeitszeitverkürzung schützt Beschäftigte, verteilt Arbeit fair und macht
394 den Wandel menschlich. Klar ist, dass eine Verkürzung der Erwerbsarbeit auch
395 mit einem emanzipatorischen Arbeitsbegriff verbunden wird, der auch
396 Tätigkeiten einschließt, die nicht direkt der kapitalistischen Verwertung
397 zugeführt werden und im aktuellen Wirtschaftssystem unbezahlt und oft
398 unsichtbar bleiben. Insbesondere denjenigen, die aufgrund der Verantwortung
399 für andere heute nicht Vollzeit erwerbstätig sind, ermöglicht die Neuverteilung
400 der Erwerbsarbeit auch eine Neuverteilung von Sorgearbeit. Wir verteilen
401 weniger Arbeit nicht auf weniger Menschen, sondern lassen den Menschen die
402 Produktivitätssteigerung endlich zugutekommen!

403 **Sozial-ökologische Transformation, Industrie der Zukunft**

404 Ernstgemeinter Klimaschutz ist untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit
405 verbunden und nur mit einem konsequenten Umbau der
406 Produktionsverhältnisse gestaltbar. Die sozial-ökologische Transformation ist
407 somit Teil eines Gesamtbildes einer linken Industrie- und Arbeitspolitik:

- 408 ● Die ökologische Mobilitätswende muss mit einem massiv
409 ausgebauten, möglichst kostenlosen ÖPNV verbunden werden.
410 Besonders im ländlichen Raum, wo die Menschen bislang abgehängt
411 sind.
- 412 ● Bürger:innenenergieprojekte und solidarische Landwirtschaft stärken
413 regionale Wirtschaftskreisläufe, demokratische Beteiligung und den
414 Klimaschutz zugleich. Sie müssen aktiv gefördert und entbürokratisiert
415 werden; als Alternative zur energiepolitischen Fremdbestimmung
416 durch Konzerne.
- 417 ● Energieversorgung, Gesundheitswesen, Wohnen und Mobilität
418 gehören zur öffentlichen Infrastruktur. Ihre Rekommunalisierung
419 sichert Versorgung, schafft demokratische Kontrolle und verhindert
420 Profitorientierung auf Kosten der Allgemeinheit. Wir bleiben nicht
421 stehen bei der Förderung von Genossenschaften im Energie-,
422 Gesundheits-, Wohn- und Digitalwirtschaftssektor. Wir gehen einen
423 Schritt weiter und fordern eine Modellregion Gemeinwohlökonomie

für das Saarland; inkl. Stabsstelle Wirtschaftsdemokratie im saarl. Arbeits- oder Wirtschaftsministerium und ein echter Beteiligungsfonds zur Schaffung von mehr Belegschaftsbetrieben.

- Mehr Betriebe und wichtige Infrastruktur müssen in öffentliche oder genossenschaftliche Hände überführt werden. So schaffen wir demokratische Kontrolle, sichern Arbeitsplätze und ermöglichen nachhaltige, gemeinwohlorientierte Wirtschaftsentwicklung jenseits von Profitlogik und Spekulation.
- Eine aktive Industriepolitik muss mit den Beschäftigten geschehen – mit tariflich gesicherter Qualifizierung, Mitspracherechten und massiven öffentlichen Investitionen in klimafreundliche, regionale Produktion.
- Einen atmenden Industriestrompreisdeckel für die Stahlindustrie von 6 ct/kWh für 80 % des Verbrauchs, gebunden an Tarifbindung, Standortgarantie, Klimaziele bis 2045, Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien und staatliche Finanzierung ohne Mehrkosten für Verbraucher:innen.
- Wir fordern einen armutsfesten Mindestlohn von mindestens 15 Euro ab 2026. Auch wenn der Mindestlohn bundesweit gilt, kann das Saarland durch eine konsequente Durchsetzung des Tariftreue- und Fairer-Lohn-Gesetzes im öffentlichen Sektor und bei öffentlichen Aufträgen bereits heute höhere Standards setzen, etwa durch stärkere Kontrollen der verbindlichen Tarifbindung bei landesfinanzierten Projekten. Für eine Stärkung des Lohnniveaus im Saarland stehen wir fest an der Seite der Gewerkschaften und setzen uns ein für den Ausbau öffentlicher und genossenschaftlicher Beschäftigung mit gesicherten Tarifen, gezielte Qualifizierungsförderung, eine Strategie zur Förderung zukunftsfähiger Branchen und mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz.
- Strukturwandel darf nicht zu sozialem Abstieg führen. Wenn Industriearbeitsplätze im Zuge der Transformation wegfallen, braucht es neue Perspektiven für die Beschäftigten und einer Strategie zur Attraktivierung des Dienstleistungssektors; insbesondere verbunden mit einer deutlichen Aufwertung sozialer Berufe. Ein landeseigener Fonds soll Maßnahmen ermöglichen, um Übergänge abzufedern, neue Perspektiven zu schaffen und Standortentwicklung zu begleiten; gemeinsam mit Gewerkschaften, Betriebsräten und Kommunen. Das

461 schafft Sicherheit, stärkt Mitbestimmung und macht sozial-
462 ökologische Transformation überhaupt erst möglich.

463 Wir stehen für eine Transformation, in der nicht Wenige profitieren, sondern die
464 Mehrheit. In der ökologische Verantwortung und soziale Sicherheit kein
465 Widerspruch sind. In der Arbeit, Mitbestimmung und Lebenszeit gerecht verteilt
466 werden. Das Saarland kann Vorreiter sein – für eine neue soziale Logik im
467 Wandel. Aber das gelingt nur, wenn wir endlich den politischen Mut haben, den
468 Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft konsequent ökologisch und sozial zu
469 denken – und zu machen.

470

471 **3. Stabil gegen Rechts – Krisen lösen wir nur solidarisch!**

472 Das Saarland steht heute an einem Scheideweg, geprägt von sozialen
473 Verwerfungen, wirtschaftlicher Unsicherheit und einer wachsenden Kluft
474 zwischen denen, die von der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion
475 profitieren, und jenen, die in prekären Verhältnissen leben. Diese Spaltung ist
476 kein Zufall oder Ergebnis einzelner Fehlentwicklungen, sondern Ausdruck der
477 inneren Dynamik des Kapitalismus selbst. Die kapitalistische Gesellschaft
478 vermittelt soziale Beziehungen durch die abstrakte Form von Eigentum, Wert
479 und Kapital. Diese gesellschaftliche Form entfremdet reale Bedürfnisse und
480 soziale Bindungen und setzt Eigentum als zentralen Hebel zur Sicherung von
481 Macht und Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen. Solidarität ist unser
482 stärkster Schutz gegen diese gesellschaftlichen Brüche, ob bei wirtschaftlichen
483 Umbrüchen, pandemischen Herausforderungen oder dem Rechtsruck. Wir
484 stehen für ein Saarland, das entschlossen gegen Antisemitismus, Rassismus,
485 Antiziganismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit kämpft. Denn Hass spaltet,
486 Solidarität stärkt und nur gemeinsam können wir kapitalistische Krisen
487 überwinden.

488 **Antifaschismus**

489 Faschismus, Antisemitismus und Rassismus müssen wir konsequent bekämpfen
490 und zwar in der politischen Praxis und in unser aller Alltag. Die Linke steht fest
491 an der Seite antifaschistischer Organisationen im Saarland und unterstützt sie
492 auch auf der Straße. Wir sind Teil eines gesellschaftlichen Bollwerks gegen den
493 Rechtsruck und solidarisieren uns mit Antifaschist:innen, die staatlichen
494 Repressionen ausgesetzt sind. Dazu gehört auch, dass wir als Partei eine
495 kritische Erinnerungs- und Gedenkkultur pflegen und eine progressive
496 antifaschistische Geschichtspolitik vorantreiben. Und das gerade im Saarland,

497 wo das oft noch zu kurz kommt und dem immer noch der Umgang mit der
498 eigenen NS-Geschichte schwerfällt. Dafür müssen wir auch die Mittel für
499 Gedenkarbeit und damit verbundene Bildungsarbeit im Saarland sichern und
500 ausbauen. Nur den Besuch in einer Gedenkstätte zu versprechen, reicht nicht.

501 Die AfD ist eine unsoziale Partei, die mit ihrer Hetze gegen Minderheiten und
502 Sozialpolitik auf Spaltung und Ungleichheit setzt. Sie ist eine direkte Bedrohung
503 für Demokratie und jede Vision einer von Grund auf sozialen Gesellschaft. Die
504 AfD ist auf keiner Ebene ein Partner, und wir fordern ihr Verbot als
505 rechtsextreme demokratiefeindliche Partei. Kein Dialog, keine Kooperation! Wir
506 stellen uns ihrer Hetze entschlossen entgegen und wehren ihren Einfluss in
507 Parlamenten, Gemeinden und der Gesellschaft ab.

508 Unser Zeitalter des Populismus setzt auf einfache Parolen und spaltet die
509 Gesellschaft, ohne echte Lösungen zu bieten. Wir als Linke im Saarland
510 antworten dem mit fundierten, realistischen und sozialen Konzepten statt mit
511 populistischen Versprechen. Populismus entsteht oft durch Ohnmachtsgefühle
512 und Entfremdung von der Politik. Dem Entgegnen wir mit echter Partizipation,
513 Transparenz und einer Politik, die Menschen einbezieht, statt ausgrenzt. So
514 stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt, demokratische Strukturen
515 auf allen Ebenen und gewinnen Vertrauen zurück.

516 Antifaschismus heißt für uns auch: Soziale Sicherheit schaffen und eine
517 machtpolitische linke Alternative aufbauen. Die weltweiten Entwicklungen
518 zeigen, dass wir autoritären Kräften nur mit einer starken demokratischen
519 Alternative begegnen können. Antifaschistischer Kampf kann deshalb nicht auf
520 den Kampf gegen rechte Ideologien begrenzt werden, sondern muss zugleich
521 die kapitalistische Gesellschaftsordnung infrage stellen, die diese Ideologien
522 ermöglicht und reproduziert. Dies ist keine Nebensache, sondern die
523 Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft, die den sozialen
524 Zusammenhalt stärkt und autoritären Kräften den Boden entzieht. Ein sozialer
525 Staat, der armutsfeste Löhne garantiert, Arbeit neu organisiert, Bildung,
526 Gesundheit und Mobilität als öffentliche Güter sichert, schafft die materielle
527 Grundlage für demokratische Teilhabe und emanzipatorische Politik. Nur eine
528 solche gesellschaftliche Transformation kann die Ursachen von Ausgrenzung,
529 Rassismus und Rechtspopulismus nachhaltig überwinden. So entsteht
530 gesellschaftlicher Zusammenhalt, der den zerstörerischen Kräften des
531 Faschismus entgegentritt. Solidarität statt Konkurrenz ist das Fundament
532 unseres Demokratieverständnisses. Die Linke will dabei nicht nur kritisieren,

533 sondern ein progressives, handlungsfähiges und breit verankertes Projekt
534 entwickeln.

535 Eine rassismuskritische Verfassungsnovelle sowie Beauftragte gegen Rassismus
536 und Antisemitismus sind erste kleine Bausteine. Doch wir wollen mehr: eine
537 unabhängige Antidiskriminierungsstelle mit Verbandsklagerecht, nachhaltige
538 finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen und umfassende Bildung
539 gegen Hass und Vorurteile.

540 Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus sind keine Randerscheinungen,
541 sondern tief verwurzelte gesellschaftliche Probleme. Die Linke im Saarland
542 begreift sie als systemische Herausforderungen, denen wir mit klarer Haltung
543 und konkretem Handeln begegnen. Wir bekämpfen *jeden* Antisemitismus ob
544 von rechts, aus der Mitte der Gesellschaft, aus migrantischen Milieus oder auch
545 aus Teilen der Linken. Es darf keine Relativierungen geben. Wir fordern den
546 Aufbau einer Forschungsgruppe zu Antisemitismus an der Universität des
547 Saarlandes, um aktuelle Erscheinungsformen wie auch historische Kontinuitäten
548 wissenschaftlich aufzuarbeiten. Polizei, Justiz und Verwaltung sollen
549 verpflichtend zu Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus geschult
550 werden. Die jüdischen Gemeinden im Saarland verdienen aktive Unterstützung,
551 nicht nur durch Sicherheit, sondern auch durch strukturelle Förderung und
552 politische Einbindung in Bildungs- und Erinnerungsarbeit.

553 Straßen mit kolonialer oder NS-Geschichte sollen umbenannt, neue Gedenk-
554 und Lernorte geschaffen werden. Der Verfassungsschutz in seiner bisherigen
555 Form gehört abgeschafft. Seine Aufgaben müssen zivilgesellschaftlich und
556 demokratisch kontrolliert neu organisiert werden. Der Kampf gegen
557 Antiziganismus muss eng mit den Perspektiven der Betroffenen geführt
558 werden. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich den Landesverband der Sinti
559 und Roma im Saarland in seiner Arbeit gegen Diskriminierung, Ausgrenzung
560 und für gleichberechtigte Teilhabe. Auch gerade demokratische und säkulare
561 migrantische Communities, die sich für soziale Gerechtigkeit, Antirassismus und
562 ein solidarisches Miteinander engagieren, sollen gezielt gefördert werden. Als
563 wichtige Stimme im Kampf gegen Rassismus, rechten Populismus, religiösen
564 Fundamentalismus und soziale Spaltung. Die Kriminalisierung der kurdischen
565 Community durch verschiedene Behörden muss umgehend beendet werden.
566 Mit einem Landes-Antidiskriminierungsgesetz wollen wir all jenen Rechte und
567 Schutz geben, die heute oft allein gelassen werden und so ein Zeichen setzen
568 für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft.

569 **Feminismus**

570 Feminismus ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil im Kampf für ein
571 solidarisches Saarland. Wir setzen uns für eine Politik ein, die patriarchale
572 Strukturen abbaut, queere Lebensrealitäten sichtbar und sicher macht und die
573 soziale Gleichstellung in den Mittelpunkt stellt. Feministische Politik bedeutet
574 für uns: konsequenter Schutz vor Gewalt, echte Wahlfreiheit im Alltag und der
575 Zugang zu Rechten und Ressourcen, unabhängig vom Geschlecht. Das Land
576 trägt Verantwortung für zentrale Bereiche wie Gesundheitsversorgung, Bildung,
577 Betreuung und soziale Infrastruktur. Diese Verantwortung muss feministisch
578 wahrgenommen werden! Frauenhäuser, Schutz- und Beratungsstellen müssen
579 dauerhaft finanziert und ausgebaut werden. Verhütungsmittel und
580 Menstruationsartikel sollen kostenlos zugänglich sein, ebenso wie legale,
581 kostenfreie und sichere Schwangerschaftsabbrüche, für deren Verwirklichung
582 wir uns konsequent einsetzen werden. Kita- und Ganztagsbetreuung müssen
583 flächendeckend ausgebaut und beitragsfrei sein, damit Vereinbarkeit von
584 Familie und Beruf nicht am Geldbeutel scheitert. Vor allem nicht für
585 Alleinerziehende oder Familien mit geringem Einkommen. Wer soziale Politik
586 ernst meint, muss Feminismus immer mitdenken: beim Kampf gegen den
587 Gender-Pay-Gap durch Lohntransparenz, bei geschlechtergerechter Bildung
588 oder beim Zugang zu Gesundheitsleistungen. Feminismus darf keine Nische
589 bleiben: Jede politische Entscheidung – ob in Haushalt, Verkehr oder
590 Wohnraumförderung – muss auf ihre Auswirkungen auf
591 Geschlechtergerechtigkeit geprüft werden. Wir fordern dafür eine Perspektive,
592 die auch Mehrfachdiskriminierung etwa durch Armut, Rassismus, Behinderung
593 oder Queerfeindlichkeit erkennt und bekämpft. Öffentliche Räume, Verkehr und
594 Bildungseinrichtungen müssen so gestaltet sein, dass FLINTA-Personen sich
595 sicher und frei bewegen können. Eine feministische Sicherheitspolitik schützt,
596 ohne zu kontrollieren oder auszugrenzen. Feministische Errungenschaften
597 stehen unter Druck – von rechts, aber auch aus der politischen Mitte. Wir stellen
598 uns Antifeminismus entschlossen entgegen egal ob er offen daherkommt oder
599 verkleidet als angeblich ‚neutraler‘ Rückschritt.

600 **Gegen Militarismus**

601 Antimilitarismus auf Landesebene bedeutet für uns mehr als nur Apelle: Wir
602 lehnen die Wehrpflicht ab und unterstützen die Proteste dagegen. Zudem
603 fordern wir die Vergesellschaftung der Rüstungsproduktion, um sie
604 Profitinteressen zu entziehen und stattdessen demokratisch kontrollierte

605 Produktion für friedliche Zwecke zu sichern. Die Linke Saar lehnt die Ausweitung
606 der Rüstungsindustrie im Saarland klar ab. Arbeitsplätze dürfen nicht durch
607 Panzerproduktion gesichert werden, sondern durch soziale, ökologische und
608 zivile Industriepolitik. Öffentliche Gelder sollten in Bildung, Gesundheit und
609 nachhaltige Technologien fließen und nicht in Kriegsgerät. Wo bereits
610 Rüstungsbetriebe bestehen, fordert Die Linke eine strikte öffentliche Kontrolle
611 über deren Förderung, Produktion und Exporte. Wir setzen uns für ein
612 Werbeverbot der Bundeswehr an Schulen ein, damit junge Menschen nicht mit
613 militärischer Propaganda konfrontiert werden. Außerdem soll das Saarland als
614 Friedensregion sichtbar werden, etwa durch die Einführung des 8. Mai als
615 gesetzlichen Feiertag und die Umbenennung von Straßen nach
616 Antifaschist:innen statt Militarist:innen.

617 **Migration und Flucht**

618 Das Saarland braucht einen Kurswechsel in der Migrations- und Asylpolitik.
619 Unter der aktuellen SPD-geführten Landesregierung sind die Abschiebezahlen
620 deutlich gestiegen – teils wurden Menschen in unsichere und
621 lebensgefährdende Regionen abgeschoben. Wir fordern ein aktives Eintreten
622 des Saarlandes für ein gesichertes Bleiberecht und gegen Abschiebungen in
623 Krisengebiete. Abschiebungshaft lehnen wir ebenso ab wie die Ausgabe von
624 Sachleistungen und die Einführung der Bezahlkarte. Statt zentraler
625 Massenunterkünfte setzen wir uns für dezentrale und menschenwürdige
626 Unterbringung ein. Sprachkurse und gesellschaftliche Teilhabe müssen allen
627 Geflüchteten offenstehen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Das Projekt
628 „Together at Work“ in seiner jetzigen Form lehnen wir ab, weil es zu faktischer
629 Zwangsarbeit führt. Stattdessen fordern wir eine frühzeitige Arbeitserlaubnis ab
630 dem ersten Tag. Asylverfahren müssen beschleunigt, fair und im Sinne des
631 Schutzes der Betroffenen ausgestaltet werden. Das Saarland muss eine aktive
632 Rolle für eine solidarische, menschenrechtsbasierte Migrations- und Asylpolitik
633 einnehmen.

634 Die Landesregierung zeigt sich oft halbherzig und zögerlich in diesen Fragen.
635 Die Linke hingegen steht ohne jeden Zweifel für eine solidarische Politik,
636 die stabile Gegenkräfte zum Rechtsruck bildet und die Krisen sozial löst. Für ein
637 Saarland in dem alle ohne Angst verschieden sein können.

638 Für alle unsere Themen gilt: Eine konsequent soziale, ökologische,
639 antifaschistische und zukunftsfähige Politik ist nur machbar, wenn man den Mut
640 hat, finanzpolitische Weichen neu zu stellen. Die Schuldenbremse ist in ihrer

641 jetzigen Form ein Investitionsverbot zulasten der Zukunft. Sie verhindert
642 dringend nötige Ausgaben und zementiert so die soziale Spaltung. Wir kämpfen
643 für ihre Abschaffung auf Bundesebene und für alle verfügbaren Spielräume im
644 Saarland. Denn: Auch das Land kann bereits heute mehr tun, etwa über
645 landeseigene Investitionsgesellschaften, Sondervermögen oder durch eine
646 sozial gerechte Steuerpolitik auf allen Ebenen, die gerade hohe Vermögen und
647 Gewinne stärker heranzieht.

648 Zudem braucht es endlich eine echte Entschuldung der saarländischen
649 Kommunen. Viele Städte und Gemeinden sind finanziell handlungsunfähig,
650 obwohl sie jetzt investieren müssten. Wer Gleichwertigkeit der
651 Lebensverhältnisse will, muss Kommunen finanziell stärken, nicht mit neuen
652 Auflagen, sondern mit struktureller Hilfe. Das Saarland muss hier klaren Druck
653 auf den Bund ausüben und zugleich selbst gezielt gegensteuern beispielsweise
654 mit einem eigenen Landesfonds zur Unterstützung kommunaler Investitionen in
655 soziale Daseinsvorsorge.

656

657 **4. Eckpunkte zur organisatorischen Weiterentwicklung unseres** 658 **Landesverbandes**

659

660 **Einbindung neuer Mitglieder und Sympathisant:innen:** Im Saarland bietet
661 sich der Linken nun die einmalige Gelegenheit, sich nicht nur politisch neu zu
662 positionieren, sondern auch strukturell einen echten Neuanfang zu wagen. Der
663 letzte Parteitag war ein Wendepunkt: Die personelle Neuaufstellung und die
664 erfolgreiche Verjüngung des Vorstandes haben einen klaren Signalwert gesetzt.
665 Wir setzen jetzt auf eine solidarische und kollegiale Verbandsarbeit, die in der
666 Vergangenheit oft zu kurz kam. Es ist an der Zeit, dass wir als (noch) kleine
667 Partei im Saarland gestärkt aus diesen Herausforderungen hervorgehen und
668 einen klaren Kurs für die Zukunft setzen. Um unsere Mitglieder und
669 Sympathisant:innen besser einzubinden, wollen wir regelmäßige Formate
670 etablieren, die auch die Möglichkeit geben, sich aktiv einzubringen und an
671 politischen Diskussionen und Entscheidungen mitzuwirken. Gleichzeitig
672 unterstützen wir bestehende und neue Landesarbeitsgemeinschaften, in denen
673 sich Mitglieder mit ihren jeweiligen Interessen und Kompetenzen engagieren
674 können und ermutigen Neumitglieder dazu sich einzubringen. Wir unterstützen
675 die Kreis- und Ortsverbände bei der Einbindung neuer Mitglieder nach unseren
676 Möglichkeiten.

677 **Kommunikation und politische Arbeit:** Die politische Arbeit im Saarland muss
678 klar, transparent und auf Augenhöhe mit den Menschen geführt werden. Wir als
679 Landesverband können dabei besonders punkten: Die Neuaufstellung gibt uns
680 die Chance, nicht nur inhaltlich, sondern auch kommunikativ einen klaren
681 Schnitt zu machen. Es geht jetzt darum, unser politisches Profil zu schärfen und
682 klarzustellen, dass wir als Linke im Saarland eine Partei sind, die den Menschen
683 zuhört und konkrete Lösungen bietet.

684 **Bündnisse mit der Zivilgesellschaft stärken:** Eine engere Kooperation mit
685 Gewerkschaften, der Klimabewegung, antifaschistischen und feministischen
686 Akteuren, Kultur und Wissenschaft ist unerlässlich. Die Linke muss ein fester Teil
687 gesellschaftlicher Bewegungen sein, um gemeinsam progressive
688 Veränderungen voranzutreiben. Ich möchte deshalb unsere Bündnisse und
689 Netzwerke weiter ausbauen, wieder reaktivieren und neu begründen.

690 **Politische Bildung voranbringen:** Wir brauchen eine politische
691 Bildungsinitiative im Landesverband, die Mitglieder und die Öffentlichkeit zu
692 sozialen, theoretischen und politischen Themen aufklärt und mobilisiert. Dafür
693 sind für mich drei Elemente zentral: 1. Einmal im Jahr soll es ein eintägiges
694 Bildungsforum geben mit Workshops, Diskussionen und Vorträgen zu einem
695 spezifischen Überthema. 2. Grundlagen von Theorie können niedrigschwellig
696 landesweit über Webinare online oder in Präsenzworkshops stattfinden und
697 angeboten werden. 3. Regelmäßige inhaltliche Veranstaltung zu einzelnen
698 Themen z.B Wohnen, am besten mit einem konkreten Bezug vor Ort.

699 **Links stark in den Kommunen - Partei der Städte und des ländlichen**
700 **Raumes sein:** Gerade als kleine Partei im Saarland müssen wir eine starke
701 kommunale Verankerung aufbauen. Die Erfahrungen unserer
702 Mandatsträger:innen sind hier besonders wertvoll, da sie ein tiefes Wissen
703 darüber haben, wie Politik vor Ort funktioniert und was die Menschen wirklich
704 bewegt. Gleichzeitig können wir neue Mitglieder besser in die kommunale
705 Arbeit einbinden. Wir setzen auf eine stärkere Verbindung zwischen den
706 Ortsverbänden, der Landesebene und einer zukünftigen Fraktion im Landtag.
707 Der Erfolg unserer Partei im Saarland wird maßgeblich davon abhängen, wie
708 gut wir es schaffen, die lokale Verankerung zu stärken und den Menschen auf
709 den Dörfern und in den Städten klare Perspektiven zu bieten.

710 **Mehr UND besser - Digitalisierung und Öffentlichkeitsarbeit:** Unsere
711 gelungene Neuaufstellung ermöglicht uns auch eine stärkere Ausrichtung auf
712 moderne Kommunikationsformen. Der Fokus auf Digitalisierung wird nicht nur

713 unsere Mitglieder besser einbinden, sondern uns auch ermöglichen, eine
714 breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Gerade unsere jüngeren Mitglieder haben
715 klare Vorstellungen davon, wie wir die Digitalisierung nutzen können, um
716 unsere Botschaften effektiv zu verbreiten und die Partei für neue Mitglieder
717 attraktiver zu machen. Gleichzeitig müssen wir die Erfahrung älterer Mitglieder
718 in der Öffentlichkeitsarbeit und der klassischen politischen Kommunikation
719 einbeziehen, um ein ausgewogenes und umfassendes Kommunikationskonzept
720 für alle Generationen zu entwickeln. Indem wir die digitale Welt mit der realen
721 verknüpfen, können wir auch im Kampf gegen Rechts und die wachsenden
722 gesellschaftlichen Spaltungen als Partei des Widerstands und der Hoffnung
723 auftreten. In einer Zeit, in der rechte Kräfte mit populistischen Parolen
724 versuchen, die Gesellschaft nach rechts zu rücken, sind wir die Partei, die
725 zusammenführt und klare Grenzen setzt egal ob auf dem Marktplatz oder auf
726 TikTok.

727 **Jugendansprache und Unterstützung des Jugendverbands:** Ein zentraler
728 Punkt unserer Arbeit ist die Unterstützung des Jugendverbands. Die Linke im
729 Saarland ist bereit, der jungen Generation endlich den Platz und die
730 Rückendeckung zu geben, die sie braucht. Wir können es uns nicht leisten, die
731 Potenziale der Jugend zu verschenken. Der Jugendverband wird mit voller
732 Rückendeckung seitens der gesamten Partei rechnen können, sei es durch
733 direkte Unterstützung bei Veranstaltungen, finanzielle Unterstützung,
734 politischer Rückendeckung oder Ressourcen, die für Projekte und Initiativen
735 notwendig sind. Die frische Energie der jungen Mitglieder, gepaart mit der
736 Erfahrung der älteren, wird es uns ermöglichen, als Partei die nächste
737 Generation zu erreichen und für eine progressive Zukunft zu gewinnen. Das
738 Saarland hat eine junge, engagierte Bevölkerung, die ein entscheidender Faktor
739 für unsere politische Arbeit sein wird. Sie sind die Menschen, die die
740 sozialökologische Transformation vorantreiben können und die Vision einer
741 gerechten Gesellschaft in die Tat umsetzen werden.

742 **Bessere Verzahnung unserer Strukturen:** Besonders als kleiner
743 Landesverband im Saarland haben wir den Vorteil, dass wir flexibel arbeiten
744 können. Unsere Mitglieder bringen unterschiedliche Erfahrungen aus
745 verschiedenen Bereichen mit und verstehen, wie wichtig es ist, dass alle Teile
746 des Verbands – von den Ortsverbänden über die Kreisverbände bis hin zur
747 Landesebene – miteinander arbeiten. Das gibt uns die Möglichkeit, eine engere
748 Zusammenarbeit zu etablieren, die auf Vertrauen und gegenseitiger
749 Unterstützung basiert.

Revolutionäre Freundlichkeit: Unsere Bundespartei hat es vorgemacht. Wir brauchen einen politischen Stil, der radikale gesellschaftliche Veränderungen mit einem respektvollen, empathischen und dialogorientierten Umgang verbindet, nach innen wie nach außen. Intern bedeutet das, solidarisch, kritikfähig und respektvoll miteinander umzugehen, auch bei Meinungsverschiedenheiten. Nach außen richtet sich das Prinzip an die Gesellschaft: Statt Feindbilder zu bedienen, setzt die Partei auf Überzeugung durch Zuhören, Aufklären und gemeinsame Lösungen.

5. Konkret, knapp, auf den Punkt: Unsere Ziele für 2025-2027

● Mitgliederstärke und Mitgliederbindung:

Die Linke im Saarland soll auch bis 2027 und darüber hinaus weiterhin kontinuierlich wachsen. Wir setzen auf die Erweiterung unserer Mitgliedschaft und eine stärkere Einbindung aller Mitglieder in unsere politische Arbeit. Besonders wichtig ist uns, eine starke, offene und solidarische Mitgliederstruktur zu schaffen, die durch regelmäßige Veranstaltungen, Austausch und Mitbestimmung lebendig bleibt. Gleichzeitig werden wir den Fokus verstärkt auf die Nutzung von Social Media legen, um jüngere Zielgruppen anzusprechen, unsere Inhalte zeitgemäß zu kommunizieren und die politische Arbeit noch breiter und direkter zugänglich zu machen.

● Kommunale Verankerung nutzen:

Unser Ziel ist es, die Linke auf kommunaler Ebene stärker zu verankern und als feste politische Kraft in den Städten und Gemeinden des Saarlands sichtbar zu machen. Wir setzen auf kontinuierliche Arbeit vor Ort, um das Vertrauen der Menschen zu gewinnen und die Partei in den Stadt- und Gemeinderäten fest zu etablieren. Wir wollen, dass die Linke in den Kommunen als verlässliche und glaubwürdige Alternative auftritt, die den Menschen konkrete Perspektiven bietet und sich für eine gerechte, solidarische Entwicklung vor Ort einsetzt.

● Stärkung der landespolitischen Präsenz und Landtagsergebnisse:

Wir leisten die notwendige politische Arbeit, um bei den Landtagswahlen

2027 in Fraktionsstärke wieder in den saarländischen Landtag einzuziehen. Wir wollen zur Landtagswahl als soziale Opposition mit konkreten Vorschlägen auftreten und unsere Präsenz massiv ausbauen. Dabei hängt unser Erfolg nicht nur vom Wahlkampf im Wahljahr ab, sondern von unserer kontinuierlichen Arbeit und der Klarheit unserer Positionen in den Jahren davor und danach.

● **Konkrete, linke Antworten auf die Herausforderungen des Saarlandes:**

Unsere Politik muss greifbare, konkrete Antworten auf die drängenden Fragen der Menschen im Saarland bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass linke Politik nicht nur in abstrakten Begriffen, sondern in den täglichen Lebensrealitäten der Menschen vor Ort ankommt. Dabei geht es uns nicht nur um die Kritik am ewigen kapitalistischen "Weiter so", sondern um eine überzeugende und handlungsfähige Alternative, die durch sichtbare und spürbare Politik in Stadt und Land umgesetzt wird. Wir entwickeln mit den Menschen eine Perspektive, die ihre Bedürfnisse ernst nimmt und eine soziale Zukunft für alle ermöglicht.

● **Schwerpunktsetzung auf zentrale Themen und Programmentwicklung:**

Die Linke im Saarland setzt klare inhaltliche Schwerpunkte für die kommenden Jahre. Wir kämpfen für Mehr für alle - mit besseren Löhnen, bezahlbarem Wohnraum und einer solidarischen Sozialpolitik. Gleichzeitig streben wir eine sozial-ökologische Transformation mit einer aktiven Industriepolitik an, die Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit vereint. In Zeiten wachsender rechter Tendenzen treten wir entschieden gegen Rechts, gegen Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Queerfeindlichkeit auf und setzen auf eine solidarische Krisenbewältigung. Unsere Programmentwicklung wird auf diese Kernziele ausgerichtet sein und durch gezielte Bildungsarbeit die Menschen befähigen, sich politisch zu orientieren und die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Und so machen wir uns gemeinsam auf dem Weg zu unserem höchsten Ziel: Das gute Leben für alle im Saarland zu erkämpfen!

824 **Begründung: Erfolgt mündlich**

825

826

827

828

829

830

831

832

833

834

835

836

837

838

839

840

841

842

843

844

845

846

847

848

849

850